



Informationen zur Veranstaltung

Die umweltrechtliche Verbandsklage steht weiterhin im Fokus der rechtspolitischen Debatte. Welche rechtlichen Möglichkeiten Umweltverbänden zustehen sollen, um die Einhaltung des geltenden Rechts zugunsten der natürlichen Lebensgrundlagen durchzusetzen, ist umstritten.

Das UmwRG regelt seit 2006, unter welchen Voraussetzungen anerkannte Umweltvereinigungen umweltrelevante Entscheidungen von deutschen Gerichten überprüfen lassen können.

Zuletzt traten Mitte 2017 Änderungen des UmwRG in Kraft. Mit der Novelle sind Erweiterungen des Anwendungsbereichs einhergegangen.

Die Veranstaltung ist Teil des FuE-Vorhabens „Wissenschaftliche Unterstützung des Rechtsschutzes in Umweltangelegenheiten in der 19. Legislaturperiode“ und gibt einen Überblick über die Ergebnisse des Forschungsprojekts.

Sie bietet Gelegenheit, im Rahmen eines virtuellen Formats neueste rechtsempirische Auswertungen zum Klagegeschehen und zur Dauer gerichtlicher Verfahren in Deutschland zu diskutieren.

Programm

Moderation:	Dr. Nadja Salzborn, UBA
07.20 Uhr	Öffnung des virtuellen Veranstaltungsraums
07.30 Uhr	Begrüßung <i>MinDirig'in Birgit Schwenk, BMU, UAL'in Grundsatzfragen der Umweltpolitik und des Umweltrechts</i>
07.35 Uhr	"Wissenschaftliche Unterstützung des Rechtsschutzes in Umweltangelegenheiten in der 19. Legislaturperiode" - Überblick zu den Ergebnissen des Forschungsprojekts <i>Dr. Michael Zschiesche, Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)</i>
07.45 Uhr	Impulse aus der Praxis <i>RA Rüdiger Nebelsieck, LL.M., Mohr Rechtsanwälte, Hamburg und Dr. Ulrich Gieseke, LL.M., Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Rheinland-Pfalz</i>
08.05 Uhr	Podiumsdiskussion <i>MdB Dr. Christoph Ploß, CDU MdB Klaus Mindrup, SPD MdB Dr. Bettina Hoffmann, Bündnis 90/Die Grünen MdB Ralph Lenkert, Die Linke</i>
08.55 Uhr	Schlusswort und Ausblick <i>MinR Matthias Sauer, RefL G I 3, BMU und MinR Dr. Jochen Gebauer, RefL G I 2, BMU</i>

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt

Fachgebiet Fachgebiet Rechtswissenschaftliche Umweltfragen


Postfach 14 06

06813 Dessau-Roßlau

Tel: +49 340-2103-0

buergerservice@umweltbundesamt.de

Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

 /umweltbundesamt

 /umweltbundesamt

Bildquellen:

Titel- und Umschlagbild: Bild von Thomas Ulrich auf Pixabay

Stand: Juni 2021

Anmeldung

Zielgruppe: Die Veranstaltung richtet sich an Bundestagsabgeordnete, Umweltvereinigungen, Gerichte, Behörden, die Wissenschaft, Anwältinnen und Anwälte, Wirtschaftsverbände und Vorhabenträger.

Ort: Die Veranstaltung findet als **Zoom-Video-Konferenz** statt. Einwahllink und technische Informationen erhalten angemeldete Teilnehmende rechtzeitig vor der Konferenz.

Anmeldung: ausschließlich online über die Internetseite des Veranstalters:
<https://www.ufu.de/projekte-projekte-rechtsschutz-parlamentarisches-fruehstueck-2021/>

Kosten: Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Weitere Informationen:
<https://www.umweltbundesamt.de/parlamentarisches-fruehstueck-virtuell>

Die Veranstaltung wird vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V. (UfU e.V.) im Auftrag des Umweltbundesamtes und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt.

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Kontakt zum Veranstalter
Tel.: 030 /4284 993 41
Email: umweltrechtsschutz@ufu.de

Hintergrund

Die Veranstaltung ist Teil des FuE-Vorhabens „Wissenschaftliche Unterstützung des Rechtsschutzes in Umweltangelegenheiten in der 19. Legislaturperiode“ und gibt einen Überblick über die Ergebnisse des Forschungsprojekts.

Zum Hintergrund des Forschungsvorhabens:

Mit der Novelle des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) im Jahr 2017 hat der Deutsche Bundestag zugleich eine EntschlieÙung angenommen, in der er die Bundesregierung auffordert, über die praktischen Erfahrungen im Vollzug der Novelle zu berichten.

Fragestellungen

Zu den wesentlichen Punkten der EntschlieÙung gehören zwei Fragen:

- **Ist es durch die Gesetzesänderungen zu einer Zunahme von umweltrechtlichen Rechtsbehelfen nach dem UmwRG gekommen?**
- **Haben die Gesetzesänderungen zu einer signifikanten Verlängerung von Entscheidungsverfahren geführt?**

Projektbestandteile

Zentraler Bestandteil des Projekts ist die empirische Untersuchung des Verbandsklagegeschehens von 2017 bis 2020.

Dabei knüpft das Vorhaben an die langjährigen Studien zur Praxis der Umweltverbandsklage in Deutschland an, die das UfU gemeinsam mit Prof. Dr. Alexander Schmidt durchgeführt hat.

Ergänzt wird der empirische Ansatz durch begleitende rechtswissenschaftliche Untersuchungen in Form von Gutachten zu Einzelaspekten, die sich aus der Reform des UmwRG ergeben haben. Hier werden unter anderem die Abschaffung der Präklusion und die neuen Möglichkeiten der Fehlerheilung beleuchtet. Öffentliche Veranstaltungen, darunter die Fachtagungen Forum Umweltrechtsschutz 2019 und 2021 gaben Gelegenheit zum fachlichen Austausch.